

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Braunstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7000.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Abbestellungsgebühr: 20 Pfennige für den Rest der Beilage, für den Rest der Beilage 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 10 Uhr abends in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 51.

Donnerstag, den 1. März 1900.

II. Jahrgang.

### Politische Uebersicht.

#### Unsere Bauwirtschaft.

Ohne Rielenflotte gerat die Reichsfinanzien schon immer tiefer in die Defizitwirtschaft hinein. Für das Rechnungsjahr 1900 ist, so schreibt die „Germania“, nach dem Etat ein Defizit von 88,820,785 Mark vorgesehen, wovon 12,722,374 Mark durch Matrifularbeiträge, 76,098,411 Mark durch Anleihen gedeckt werden sollen, dagegen dürfte für das Jahr 1901, wo die Ansprüche für die Heeresverfaltung und Flotte ohnehin erheblich wachsen werden, auch ohne Annahme des neuesten Flottengesetzes mit einem Defizit von mindestens 140 Millionen Mark, und wenn dieses und die neuen Socialbahnpunkte nicht hätten, mit einem solchen von rund 200 Millionen Mark zu rechnen sein. Wie man Angehörigen der Ergebnisse für 1899 und des Stats für 1900 noch von einer „glänzenden Finanzlage“ reden kann, ist für jeden Kenner des Reichshaushalts unverständlich, jedenfalls lagen die Verhältnisse im Jahre 1895, als die verbündeten Regierungen auf die Annahme der Tabakfabriksteuer drängten, wesentlich günstiger, als heute.

Aber über solche Kleinigkeiten sehen die Flottenenthusiasten leichtes Herzens hinweg. Dürfen sie doch nach alter Erfahrung noch immer darauf rechnen, daß sie das kostspielige Vergnügen nicht zu bezahlen brauchen.

#### „Gegen Polen und Sozialdemokraten“

kämpft der kommandierende General des 5. Armeekorps von Sülzspiegel, der soeben eine Kabinettsordre aus dem Auftrag der 70er Jahre ans Licht gezogen hat und deren strenge Befolgung anordnet. Nach dieser Kabinettsordre ist den deutschen Chargierten der Garnison Posen der Heiraths-konfens zu Eheschließungen mit polnisch-katholischen Mädchen nicht mehr zu erteilen. Der General brühte, indem er diesen Erlaß in Erinnerung brachte, seine Verwunderung darüber aus, daß die Kabinettsordre so wenig befolgt werde und verfügte, daß von nun an Heiraths-konfense unter derartigen Verhältnissen immer verweigert werden sollen.

Außerdem hat der General noch einen besonderen Korpsbefehl erlassen. In diesem heißt es unter Anderem, daß die Chargierten niemals auf Erlangung des Heirathskonfenses zu rechnen hätten, wenn das Vorleben der Braut in sittlicher Hinsicht zu wünschen übrig lasse, besonders dann, wenn das voreheliche Verhältnis nicht ohne Folgen geblieben sei. Weiterhin soll bei Ertheilung des Konfenses nach den Verhältnissen und besonders nach der politischen Gesinnung der Angehörigen der Braut geforscht und jener unbedingt verweigert werden, wenn in deren Familie Sozialdemokraten sich befinden. Dann hat aber der General außerdem angeordnet, daß es den verheiratheten Chargierten untersagt werde, ihre Kinder in eine Zahlschule zu schicken, „weil der Besuch einer solchen mit der sozialen Stellung der Unteroffiziere sich nicht vereinbaren läßt.“

Der Herr General hat sich hohe Ziele mit seinen Korpsbefehlen gesetzt. Er will gerantifizieren, die Sittlichkeit im Stile der lex Heinze heben, die Sozialdemokraten ausrotten und den Uebermuth der Unteroffiziere dämpfen, die es wagen, ihre Kinder in Schulen zu schicken, die auch von Kindern aus höheren sozialen Schichten, von Offizieren u. s. w., besucht werden. Wir wünschen dem Herrn gute Erfolge!

### Die amtliche Sozialpolitik

macht wieder einen gewaltigen Schritt — rückwärts. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt:

„Aus einer sehr vertrauenswürdigen Quelle wird uns mitgeteilt, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen der badischen und der Reichsregierung schweben, die dahin zielen, daß künftig der Jahresbericht des badischen Fabrikinspektors (des ausgezeichneten Sachmannes Wrischboffer) nicht mehr selbstständig veröffentlicht werde, sondern zunächst nach Berlin wandere und dort zusammen mit den preussischen Berichten herauskomme. Vermuthlich schweben ebensolche Verhandlungen mit anderen deutschen Regierungen. Dazu bemerkt unser Gewährsmann: „Der Zweck dieser Maßnahmen kann nur der sein, daß man in Berlin in der Lage sein möchte, unbehagliche Ausführungen des anerkannt objektiven badischen Fabrikinspektors zu unterdrücken oder zurückzuführen, wie man ja auch in der Denkschrift zur Buchhausbörse das von der badischen Regierung gestellte Material sehr eigentümlich verarbeitet hat. Daß dadurch die werthvollen Berichte des badischen Fabrikinspektors bedeutend an Werth verlieren würden, liegt auf der Hand.“ Das würden sie in der That, und wir hoffen, daß die badische Regierung eine ihrer besten Institutionen nicht in solcher Weise herabdrücken wird.“

Sehr bezeichnend in der That diese Mittheilung des Frankfurter Blattes für den Entwicklungsgang unserer „Reichs-Sozialpolitik.“

### Mannhafte Bürger.

Der Gemeinderath von Bant-Odenburg, der zweimal den Genossen Hug-Bant zum Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) wählte, hat von einer dritten Wahl desselben abgesehen, weil eine solche nach der revidirten Gemeindeordnung nicht zulässig sei. Doch hat der Gemeinderath einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher er sich gegen die „Gründe“ der Regierung für die Nichtbestätigung verwahrt und erklärt, das Gesetz sei in diesem Falle nicht im Sinne des Landtages und der odenburgischen Bevölkerung angewendet worden, „weil dadurch ein Staats- und Gemeindegürger in der Ausübung seiner vornehmsten bürgerlichen Rechte beeinträchtigt worden ist. Der Gemeinderath hält nach wie vor daran fest, und kann auch hierin durch obige Maßregel in seiner Ueberzeugung nicht erschüttert werden, in der Person seines Mitgliedes Hug einen sehr geeigneten Beigeordneten gefunden zu haben. Im innigsten Zusammenhange damit schenkt der Gemeinderath daher dem Nichtbestätigten volles Vertrauen.“ Zum Schluß giebt der Gemeinderath dem Wunsch Ausdruck, der nächste ordentliche Landtag möge die Ausdehnung des Art. 31, Abs. 2, der revidirten Gemeindeordnung auf Beigeordnete aufzuheben beantragen, damit in Zukunft eine solche Auslegung, wie hier geschehen, unmöglich wird.

### Zum „Fall Arons“.

Gegen die Entfernung Dr. Leo Arons aus dem Lehrkörper der Universität werden nach bürgerlichen Blättern in studentischen Kreisen Kundgebungen angeregt. Bei dem Direktorium der akademischen Lesehalle ist folgender Antrag eingegangen:

„Das Direktorium wolle beschließen, als Protest gegen die Bedrohung der akademischen Freiheit dem bisherigen Privatdozenten Dr. Leo Arons die Sympathie der akademischen Lesehalle zu übermitteln.“

Auch von anderen Kundgebungen aus Kreisen der Studierenden ist die Rede.

Die Waarenhäuser machen gegen die Steuer mobil. Der Finanzminister sagte im Abgeordnetenhaus, daß es doch mit dem Abwägen der Steuer auf Exportanten und Personal eine eigne Sache wäre; diese würden es sich nicht gefallen lassen. Aber der Versuch ist, wie der „Konf.“ mittheilt, schon gemacht worden. Ein großes Berliner Waarenhaus hat seine Fabrikanten durch ein Rundschreiben zur Gewährung von 2 Prozent Umsatzergütung aufgefordert und dürfte in fast allen Fällen seine Absicht erreichen. Und ebenso ist von Inhabern der größten Waarenhäuser die Absicht ausgesprochen worden, die Gehälter der Angestellten zu kürzen, wenn die neue Steuer Gesetz werden sollte. Auf diese Weise würde ja ein recht netter „Mittelstandsschutz“ zu Stande kommen.

Eine Reichstagserversammlung ist in Amberg (Oberpfalz) durch die Beförderung des Zentrumsabgeordneten Berno zum Oberlandesgerichtsrath nöthig geworden. Hg. Berno, der 1898 mit 6855 gegen 3230 Stimmen des bayerischen Bauernbundes und 459 sozialdemokratische Stimmen gewählt wurde, ist vom Centrum als Kandidat wiederum aufgestellt worden.

### Der Krieg in Südafrika.

Die Gefangennahme Cronje's mit seiner Heldenschaar hat in England weniger Jubel erregt, als man hätte annehmen sollen. Man kann eben nicht die Thatsache ignorieren, daß Cronje einer geradezu erdrückenden Uebermacht erlegen ist. Ein Kenner von Südafrika hat bei Beginn des Krieges die Ansicht ausgesprochen, daß eine Besiegung der beiden Republiken nur möglich sein werde, wenn auf jeden Buren zehn Engländer kommen. Diese Voraussage hat eine bezeichnende Bestätigung gefunden in dem Erfolg Lord Roberts. Die Zahl der mit Cronje gefangenen Buren hat der englische Feldmarschall zunächst auf „ungefähr“ 3000, dann auf „etwa“ 4000 angegeben. Bei dieser runden Zahl handelte es sich sicherlich nicht um eine Abrundung nach unten, sondern nach oben. Also noch nicht 4000 haben sich 40,000 ergeben! Freilich ist für die Buren der Verlust der 4000 Mann ein furchtbarer Schlag. Wiegt doch Cronje allein eine Armee auf, und unter den mit ihm Gefangenen befindet sich der Kommandant Burenartillerie, der deutsche Major Albrecht, der in der gegenwärtigen Lage für die Buren ebenso unersetzlich ist wie Cronje.

Auch an anderen Stellen des Kriegsschauplatzes mehrten sich die Erfolge der Engländer. Vor Ladysmith hat Buller einen Erfolg errungen. Am Sonntag wurde zwischen den Buren und Buller ein Waffenstillstand abgeschlossen, um die Todten zu bekränzen. Am Mittwoch meldet Buller, er habe am Dienstag Pieters Hill im Sturm und die Hauptstellung des Feindes in glänzendem Angriff genommen und 60 Gefangene gemacht. — Der Pieters Hill liegt wenige Kilometer nördlich von Tugela, an der Bahn nach Ladysmith. Vor einigen Tagen war bereits davon die Rede, daß der Angriff der Engländer sich gegen die Keltorp-Station richtet, welche nach Ladysmith zu 5 Kilometer nördlich von Pieters-Station liegt.

Im Norden der Kapkolonie hat der englische General Brabant Jamestown besetzt und eine große Zahl Burenperde erbeutet.

Ueber die Aussichten des Krieges hat sich der frühere Generalkonsul von Transvaal in London, Montagn White, wie „Reuters Bureau“ am Dienstag aus New-York berichtet, dahin geäußert: Mit der Gefangennahme des Generals Cronje würde der Krieg noch nicht zu Ende sein. Der Krieg wird erst mit dem Fall Pretorias

### Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.

Deutsch von Kurt Baake.

(Nachdruck verboten.)

Mit blassem, überraschtem Gesicht sah der Minister des Innern da. Sonst war Delestang immer der Meinung des großen Mannes gewesen. Und deshalb hoffte Rougon noch einen Augenblick, den auffälligen Schüler durch ein Wort wieder zur Reison zu bringen.

Er knotete die Hände zusammen, ließ die Finger knacken und sagte:

„Wir müßten mal ein Beispiel anführen. Schade, daß ich das Buch nicht mitgebracht habe. . . . Aber halt, dies hier, mir fällt jetzt ein Kapitel ein. Der brave Jakob erzählt, daß er zwei Bettler im Dorfe habe von Thür zu Thür gehen sehen, und auf eine Frage des Schulmeisters sagte er, daß er die Bauern das Mittel lehren wolle, nie einen Armen unter sich zu haben. Folgt ein verwickeltes System zur Bekämpfung des Pauperismus. Wir sind mitten drin in der reinsten kommunistischen Theorie. . . . Der Herr Minister für Handel und Landwirtschaft kann dies Kapitel doch unmöglich billigen.“

Delestang wurde plötzlich mutzig und wagte Rougon gerade ins Gesicht zu sehen.

„Oh, mitten drin in der reinsten kommunistischen Theorie — da gehen Sie doch sehr weit!“ sagte er. „Ich habe da nur eine geistreiche Darlegung der Prinzipien der Assoziation heraus gelesen.“

Während er dies sagte, suchte er in seiner Mappe.

„Ich habe das Buch gerade hier“, erklärte er endlich.

Und nun begann er das fragliche Kapitel vorzulesen. Er las in sanfter einklanglicher Art vor. Sein schäner, bedeutender, rautenmännischer Kopf nahm bei manchen Stellen den Aus-

druck außerordentlichen Ernstes an. Der Kaiser hörte mit tiefem, sinuigem Gesichte zu. Ihm schienen besonders die rührenden Stellen zu gefallen, wo der Verfasser seine Bauern mit kindischer Einfachheit reden ließ. Die Exzellenzen aber waren extasiert. Nein; welche famose Geschichte! Rougon wurde von Delestang treulos verlassen, von Delestang, dem er doch bloß deshalb ein Vorteseuille verschafft hatte, um inmitten der dumpfen Feindseligkeit des Ministerrathes eine sichere Stütze in ihm zu haben! Seine Kollegen warfen ihm seine beständigen Uebergriffe in ihren Machtbereich, seine Herrschsucht vor, die ihn antrieb, sie wie einfache Kommiss zu behandeln, während er so that, als sei er der vertraute Rathgeber und rechte Arm Sr. Majestät. Und nun stand er ganz isolirt da. Mit offenen Armen mußte dieser Delestang aufgenommen werden.

„Das eine oder andere Wort ist vielleicht nicht ganz unbedenklich darin“, flüsterte der Kaiser, als die Lektüre beendet war. „Aber im Allgemeinen sehe ich wirklich nicht. . . . Nicht wahr, meine Herren?“

„Es ist durchaus harmlos“, versicherten die Minister.

Rougon verriet zu antworten; er schien nur seine Schultern einzuziehen. Dann aber ging er von neuem gegen Delestang allein zum Angriff über. Einige Minuten lang stritten sie sich noch in kurzen Sätzen herum. Der schöne Mann gewöhnte sich an den Krieg und wurde heißend. Nun aber richtete sich Rougon allmählich empor. Zum ersten Male fühlte er seine Macht wanken, hörte er, wie es unter ihm krachte. Plötzlich wandte er sich hochaufgerichtet mit heftiger Geberde an den Kaiser.

„Majestät, es ist ja nur eine Rappalie, und der Kolportagestempel wird bewilligt werden, da Sw. Majestät in ihrer Reichheit denkt, daß das Buch keine Gefahr bietet. Aber ich muß Ihnen erklären, Majestät, es wäre außerordentlich gefährlich, Frankreich auch nur die Hälfte von den Freiheiten

zu gewähren, die dieser Jakob beansprucht. Sie haben mich unter schrecklichen Verhältnissen in die Regierung berufen. Sie haben mir gesagt, ich sollte nicht etwa durch unzeitgemäße Mäßigung die Zitternadeln zu beruhigen suchen. Ich habe mich gefürchtet gemacht, so wie Sie es wünschten. Ich glaube, mich bis ins Kleinste nach Ihren Anweisungen gerichtet und Ihnen die Dienste geleistet zu haben, die Sie von mir erwarteten. Wenn einer mich allzu großer Strenge anklagt, wenn einer mir vorwirft, die Macht zu mißbrauchen, womit mich Sw. Majestät bekleidet haben, so kann ein solcher Tadel, Majestät, sicher nur von einem Gegner Ihrer Politik herühren.

Wohl! Noch immer ist, glauben Sie mir, der soziale Körper in tiefgehendem Aufruhr, noch immer ist es mir in den paar Wochen leider nicht gelungen, ihn von den Uebeln zu heilen, die ihn zerfressen. Noch immer erhebt der Anarchismus in den tiefsten Schichten der Volksoberfläche sein Haupt. Ich will diese Wunde nicht weiter bloßlegen will ihre Säpreden nicht übertreiben, aber an ihr Vorhandensein zu erinnern, ist meine Pflicht, um Sw. Majestät vor den hochherzigen Wallungen ihres eigenen Herzens zu warnen. Einen Augenblick mochten wir hoffen, daß die Energie unseres Herrschers und der feierliche Wille des Landes für immer die schrecklichen Epochen der Volkserntartung ins Nichts zurückgedrängt hätten. Leider haben uns die Ereignisse schmerzhaft eines anderen belehrt. Im Namen der Nation flehe ich Sie an, Majestät, ziehen Sie Ihre wuchtige Hand nicht zurück. Nicht in übertriebenen Regierungsprivatogativen liegt die Gefahr, sondern in dem Mangel an Unterdrückungsgesetzen. Wenn Sie Ihre Hand zurückzögen, würden Sie die Gese des Böbels emporsiedeln lassen, würden Sie sich sofort von revolutionären Forderungen überfluthet finden, und Ihre energiftigen Diener würden Sie bald nicht mehr zu vertheidigen vermögen.

eben. Die Aussichten auf eine Intervention sind nicht günstig. Ich glaube nicht, daß in dieser Hinsicht in Europa etwas zu erwarten ist, so lange nicht Rußland eintritt, was aber nicht wahrscheinlich ist. Als einzige Hoffnung bleibt noch das Vorgehen der Vereinigten Staaten. Wenn diese entschieden Stellung nähmen, würde der Krieg in vierzehn Tagen zu Ende sein, denn England braucht die Vereinigten Staaten.

Deutscher Reichstag.

Spötter auf der Journalistentribüne wollten behaupten, die gährende Leere im Reichstagsaal und die noch größere auf der Straße des Bundesrats — nur einige versprengte Kommissare ließen sich auf ihr blicken — sei auf aschermittwochliche Stimmung und diese auf die vorausgegangene Fastnacht zurückzuführen. Andere wieder sind der Meinung, daß über den Diktaturparagrafen sich mit bestem Willen nichts Neues mehr sagen läßt. In der That begriffen zu der dritten Lesung des Antrages auf Aufhebung dieser furchtbaren Staatsinstitution nur ein paar Elässer das Wort, die nun einmal, um mit Fritz Reuter zu sprechen, die Nächsten dazu sind; auch sie sprachen weniger zur Sache selbst als vielmehr zum Fall Hohenlohe Sohn; Prinz Alex wurde eines offensichtlichen „Zwiepsals der Natur“ überführt; der Geheimrath Halley erwies sich auch nicht gerade als der Verdächtige, der solchen Zwiepsalt zu erklären wußte. Als nebenbei auf die überraschend schnelle Karriere des Kanzlersohnes angespielt wurde, die sich stark unterscheidet von dem langsamen Vorwärtkommen plebeischer Karriereleiter auf der Beförderung steiler Bahn, breitete Präsident Graf Ballestrem schützend seine Hände über dem Haupte des „Reichskindes“ aus und fügte die „außeramtlichen Verhältnisse“ der Abgeordneten als neue Kammer zu dem reichsortierten Lager von Gegenständen, so im Deutschen Reichstage „Tabu“ sind und an die der Vormünder pietätvoller Demokraten nicht rühren darf. Selbstredend wurde der Antrag in dritter Lesung mit großer Majorität angenommen; desgleichen in erster und zweiter Lesung ein zweiter elässischer Antrag, der die Einführung geheimer, gleicher, allgemeiner und direkter Wahlen für den reichsländischen Landesauschuß verlangt. Der Liberalismus der Nationalliberalen war mit ihrer Abkündigung gegen den Diktaturparagrafen erschöpft; gegen die Aenderung des eläss-lothringischen Wahlrechts ließen sie durch den Abgeordneten Büsing die bekannten „Staatsmännischen“ „Bedenken“ vortragen und stimmten gegen ihn; von Bebel und Gröber (Zentr.) wurde dieser merkwürdige Liberalismus einer ebenso scharfen wie treffenden Kritik unterzogen. — Hatte ich das Land der unmaskierten Ausnahmegeetze Stoff für den ersten Theil der Sitzung geboten, so besorgte das Land der maskierten Ausnahmegeetze, Sachsen, den Stoff für den zweiten Theil. Die gestern nicht zum Abschluß gelangte Erörterung über die Petition der sächsischen Konsumvereine gegen die ihnen auferlegte Umsatzsteuer gab unseren Genossen Bebel und Wurm Gelegenheit, die Mittelhandretterei, der die Nutz- und Zwecklosigkeit untrennbar anhaftet, gebührend zu geißeln und die Unvereinbarkeit dieser armseligen Kirchthurnpolitik mit der neuerdings inaugurierten „Weltpolitik“ überzeugend nachzuweisen. Abg. Gröber antwortete mit juristischer Haarpaltererei; Dr. Dertel mit der gewohnten Mittelhandpauke. Die zünftlich-mittelhandschmeichlerische Mehrheit des Hauses begrub die Petition, entgegen dem Antrage unserer Fraktion, unter dem Uebergang zur Tagesordnung. Dasselbe Schicksal wurde einer anderen Petition zu Theil, die es aber reichlich verdiente: der Petition um Erhöhung der Steuer auf Trinkbranntwein. — Abg. Bindewald, sonst ein Redner vom Pöblerschlage, hatte einen guten Tag; er wies überzeugend nach, daß die Trunksucht auf solche Weise nicht zu bekämpfen ist. Die große Mehrheit des Hauses trat ihm bei; gegen die Stimmen einiger Pfaffen wurde der Antrag der Kommission, die Petition als Material der Regierung zu überweisen, abgelehnt. — Morgen steht der Etat des auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung.

Aus aller Welt.

Entdecker Mörder? In Branda ist ein Schöfer Adolf Seefeld erschoten worden, von dem man glaubt, er sei der Mörder des Schultheisen Julius Hermann. Die Leiche des kleinen B. wurde, nachdem er etwa 6 Wochen vermisst worden war, in einem Gehäuseschilde aufgefunden. Aus einer Verlesung am Schöfensche Hof schloß man auf Seefeld. Seines Schicksals von der Hundstille entfernt entdeckte man erst keine Ursache und in dieser einen Todten. Es wurde damals angenommen, daß der Mörder die Leiche vergraben wollte, aber gefehlt worden war. Seefeld soll im Gehäuseschilde überführt sein, eine Anzahl von Einwohnern der Stadt hat sich an dem Tode betheiligen sollen. Wie es weiter besch. erfahren hat die Nachforschungen der Kriminalpolizei nicht allem auf den noch unangeklagten Mörder, sondern auch auf die beiden noch im Dunkel gehaltenen „Mädchenmörder“, den Aufwender an der Hühnerfarm Bedwig Brande und des Nachbarn an der Hühnerfarm Nohndorf. Schiffsunfälle. Das Dampfschiff „Sachsen“ ist wie aus Kiel telegraphisch mitgeteilt wird, bei der Verladung von Liebigen im Ästern Hafen bei Buell auf Grund geraten und fast gesunken. Drei Axtbeilungen des Schiffes sind mit Wasser gefüllt. Die Ursache des Unfalles ist auf die beiden Beilungen zurückzuführen. Die Dampfschiffe „Wärtemberg“ und „Regia“ sind zur Hilfeleistung abgegangen. Nach einer von der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (angegebener Nachricht) aus Lohme (Hagen) sind von dem „Rur“ — Captain Fermann aus Trellberg — 31 Personen durch den Katastrophal gerettet worden. Aus Rolding auf Seeland wird vom 27. Februar gemeldet: Der deutsche Fischdampfer „Eibe“ aus Altona ist gestern auf Seelands-Rock gestrandet. Es ist ein Bergungsunternehmen abgelehnt worden, das Schiff nach Kopenhagen gebracht werden soll. Einziges Bergungsunternehmen „Bertha“, sowie ein deutscher Fischerboot, leisten Unterstützung. Der Kapitän und neun Mann der Besatzung sind auf Land gebracht worden. Die See bricht über das Schiff, das wahrscheinlich mit Wasser gefüllt ist. Der Dampfer „Christina“ der Reederei von Grövel ist am 26. Februar Abends 11 Uhr bei Rindenslunde auf Fägers gestrandet. Die Lage der Mannschaft ist sehr gefährdet. Ein Theil versucht in einem Boot das Land zu erreichen, das Boot kenterte jedoch. Die Leute erlöschten langsam das Land. Beim Mann befindet sich noch an Bord. Wie die Rettungsstation „Sohn“ der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt, werden die zehn Personen durch Rettungsapparat der Station gerettet. Es herrscht Sturm aus Osten und West. Wie festgestellt worden ist, sind fünf englische Schloppboote aus Aberdeen, die der Sturm der 14 Tagen überfallen hat, mit 70 Personen untergegangen. Aus Gilling wird berichtet: Wegen Diebstahls und Fehlleistungen hat dieser Tage vor dem hiesigen Schöffengericht nicht weniger als 120 Personen zu verurtheilen. Die Angeklagten waren fast durchweg Arbeiter. Der Vorfall lag der folgende Sachverhalt zugrunde: Unter den Nationalarbeitsvereinen auf dem hiesigen Lande befinden sich noch vielfach hiesige Arbeitervereine. Diese Vereine wurden zum Zweck der Arbeitervereine gebildet. Der Vorstand der Arbeitervereine und auch Arbeiter der Arbeitervereine sind der Schande gekrönt und zum Verhängen kommen. In dem Arbeiterverein wurden bereits im Januar dieses Jahres einmal Personen mit einem Tage Gefängnis bestraft. Auf Grund einer angenommenen Urkunde wurden dann nach 120 weiteren Personen in den hiesigen Gefängnissen verurteilt, welche sich zum Verurtheilen kamen. Die Angeklagten räumten fast durchweg ihre Schuld ein. Der Vorstand des Arbeitervereines gab im Laufe der Verhandlung seinem Vorgesetzten darüber Auskunft, daß wegen dieser Verurtheilungen Arbeitervereine entstehen müßten. Einige der Angeklagten hielten ihre Schuld an über die Verurtheilung nicht bezweifeln. Die übrigen Angeklagten, 118 an der Zahl, wurden mit der niedrigsten zulässigen Strafe, nämlich einem Tage Gefängnis bestraft. — Soweit es sich um noch nicht freigesprochene Personen handelt — mit einem Verurtheilung bestraft. Der Vorstand der Arbeitervereine, auf dem Standesamt die Umwandlung der Strafe in eine Geldstrafe zu erreichen. Eine folgenschwere Explosion entstand in Warden beim Besuchen der Fäher in der Provinz Teos. Der jüngere Heilheiter Loos sowie der Braumeister wurden bis in die erste Etage geschleudert. Beide erlitten schwere Verletzungen, das Loos ist, der Braumeister bald darauf verstarb. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt. Durch anhaltenden Regen droht Karibab große Gefahr. Die Dampfer sind in unheimlicher Noth. Die Geiselle mußten bereits geschossen werden. Auch in der Nacht war anhaltende Regenfälle und Schneesturm überherrscht. Die Besatzung einiger Dampfer mußten ihre Plätze räumen. Die Geiselle bringen enorme Wassermengen. Die Reife und Reben sind fast alle zerstört. Der Regen dauert fort.

156. Sitzung. Mittwoch, den 28. Februar — 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Verlesung des Antrages Winterer (El.) und Gen. betr. Aufhebung des Diktaturparagrafen. Abg. Wetterle (El.) kommt auf die Stellungnahme des Prinzen Alexander Hohenlohe zurück. Derselbe habe sich für Aufhebung sämtlicher Ausnahmegeetze, mindestens soweit sie bezüglich Eläss-Lothringen betreffen, ausgesprochen. Der Prinz hat ferner an das Komitee in Kolmar ein Schreiben gerichtet, in welchem er dieses hat, zu erklären, wenn kein Gegenstand nicht gewählt würde, so werde der Diktaturparagraf in 2 Monaten verschwinden. (Hört! hört! links und b. d. Elässern.) Das Komitee hat sich übrigens, zu seiner Ehre sei's gesagt, nicht darauf eingelassen. Die Pflicht des Reichstags ist, und bei dem Bestreben zu helfen, Eläss-Lothringen die Gleichstellung mit den übrigen Bundesstaaten zu erkämpfen. Die Aufhebung des Diktaturparagrafen ist der erste Schritt dazu. Geheimrath Halley behauptet, es existieren keine offiziellen Blätter und Kandidaturen in Eläss-Lothringen (Sachsen b. d. Elässern u. Sol.) Auch die Kandidatur des Prinzen Hohenlohe war keine offiziell. (Erneute Heiterkeit.) Abg. Köttinger (El.): Aus der Haltung des Prinzen Hohenlohe ergibt sich aufs Neue, daß das Amt eines Volksvertreters nicht mit einer hohen Regierungsstellung vereinbar ist. Aus die neuesten Ausführungen des Herrn Reichstagslers habe ich zu erwidern, daß auf die Eroberung des Landes die Eroberung der Herzen folgen und daß nicht eine Warnung, sondern eine Verhöhnungstafel ausgerichtet werden muß. (Bravo!) Damit schließt die Generaldiskussion. Ohne Spezialdiskussion wird der Antrag in dritter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theiles der Reichspartei angenommen. Es folgt die erste Verlesung des Antrages Büsing und Genossen (El.), betreffend die Neuregelung der Wahlen zum eläss-lothringischen Landesauschuß. Abg. Winterer (El.): Der Landesauschuß für Eläss-Lothringen besteht heute aus Abgeordneten der Bezirkstage der vier größeren Städte und der Landkreise, die theils durch die Gemeinderäte, theils durch Wahlmänner gewählt werden. Eine auf so komplizierte Weise gebildete Körperschaft kann natürlich nicht vom Volke als seine Vertretung angesehen werden. Es wird nur beiläufig wirken, wenn durch Einführung der allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen einige oppositionelle Abgeordnete in den Auschuß gelangen. Ich hoffe, daß der Reichstag unseren Antrag wieder, wie schon einmal, mit großer Mehrheit annehmen wird. Abg. Büsing (natl.) erklärt sich gegen den Antrag. Abg. Gröber (Zentr.) wundert sich, wie ein auf Grund des direkten Wahlrechts gewählter Abgeordneter sich für das indirekte Wahlrecht aussprechen könne, dessen Verantwortlichkeit schon Fürst Bismarck richtig festgestellt habe. Weiter noch keine, als einen Geheimvolksvertreter. Das Zentrum werde, trotz einiger Bedenken, die sich auf Einzelheiten beziehen, für den Antrag stimmen. Abg. Bebel (Soj.): Die Nationalliberalen haben auch bei anderen Gelegenheiten sich nicht als die wahren Freunde des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bewiesen, für die Herr Gröber sie zu halten scheint. Dagegen stimme ich mit ihm darin durchaus überein, daß selbst keine Volksvertretung besser ist als eine Scheinvertretung. Wenn Herr Büsing von den direkten Wahlen zum Landesauschuß neue Beunruhigungen fürchtet, so wüßte er konsequenter Weise die Einführung des indirekten Wahlrechts auch für die eläss-lothringischen Reichstagswahlen fordern. Außerdem erweist sich Eläss-Lothringen noch als französischer Zeit her des allgemeinen direkten und gereinigten kommunalwahlrechts. Die Haltung des Abg. Büsing gegenüber dem Landesauschuß-Wahlrecht steht in Widerspruch zu seiner Haltung gegenüber dem Diktaturparagrafen, den er doch aufheben will, weil er eine deutsch-feindliche Gefahr nicht vorliegend erachtet. In der That liegt auch eine solche nicht vor. — Es ist ein alter Fehler der deutschen Regierung, daß sie selbst dem Volke mißtraut, dagegen Vertrauen von diesem fordert. In solcher veralteten Anschauung scheint die Regierung leider auch Eläss-Lothringen gegenüber festhalten zu wollen. Wir stimmen im Interesse der Gerechtigkeit, wie der reichsländischen Bevölkerung selbstredend für den Antrag Büsing. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Bargmann (freil. Vd.) tritt für den Antrag Büsing ein. Es liege kein Grund vor, Eläss-Lothringen unter eine Ausnahmebestimmung zu stellen. Nach einem Schlusswort des Abg. Delfor (El.) als Mit-anttragsteller wird der Antrag in erster Lesung und sodann — ohne Debatte — in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen. Nunmehr wird die gestern abgebrochene Debatte über die Petition betreffend die kommunale Besteuerung der Konsumvereine fortgesetzt. Abg. Bebel (Soj.): Nach der geistigen Behauptung des sächsischen Bundesratsvorsitzenden ist in der Verordnung, betr. die Besteuerung der Konsumvereine ausdrücklich darauf hingewiesen, man solle mit großer Vorsicht verfahren und die Steuer auf sämtliche großkapitalistische Vereinigungen ausdehnen. Das mag richtig sein. Thatsächlich aber hat man nur von der Besteuerung des Umsatzes der Konsumvereine. Es ist übrigens charakteristisch, daß Konsumvereine, die aus Arbeitern und kleinen Beamten bestehen, mit großkapitalistischen Vereinigungen zusammengeworfen werden. Die letzteren zur Steuer heranzuziehen, haben sich die Kommunen

erst auf Betreiben der Regierung veranlaßt gesehen; davon betroffen werden sie noch heute nicht. Auch hat man meiner Meinung nach die Besteuerung noch nicht auf die Beamten- und Offizierskonsumvereine ausgedehnt, sondern sich auf die Arbeiter-Konsumvereine beschränkt. — Wie kann die Regierung zu einem so Vorgehen ihre Zustimmung geben, sie, die doch das länderliche Konsumvereine unterstellt, das mindestens ebenso, wie Konsumvereine, den gewerblichen Mittelstand schädigt? Die sächsischen Konsumvereine beschränken sich nicht mehr auf den Verkauf von Dingen, sondern, Maschinen u. s. w., so dehnen ihre Thätigkeit auf alle möglichen Gebiete aus. Dr. Dertel sagt, er betrachtet die sächsischen Konsumvereine nicht als Mittelmittel, das stimmt; aber als eines der sogenannten „kleinen Mittel“ sind sie ihm schon ganz genehm. — Die sächsischen Konsumvereine thun den Verkäufern in kleinen und mittleren Städten großen Schaden; sie verkaufen Kaffee, Thee, Liqueur, Wein u. s. w. Dieses Vorgehen hat denn auch nicht verhindert den Kreisen der Kleinhandlerv große Erregung hervorzurufen. Von einer besonderen Besteuerung dieser Konsumvereine hört nichts; im Gegentheil: Der Staat unterstützt sie noch mehr, um so mehr gewinnt dadurch das Vorgehen gegen die Konsumvereine den Charakter einer Ausnahmebestimmung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon darauf hingewiesen, wie sehr sich die sächsischen Konsumvereine geändert haben. Zu Beginn der Zeit wurden die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien auf dem Weg der Selbsthilfe verwiesen. Gerade von bürgerlicher Seite wurden damals die Konsumvereine als Mittelmittel gepriesen, dagegen wird gegen dergleichen Bestrebungen Front gemacht, doch mit der Sozialdemokratie als solcher nichts zu thun. Niemand hat sich unsere Partei mit den Konsumvereinen identisch gemacht, noch letzte Parteitag hat wieder und zwar auf meinen Vorschlag, erklärt, daß wir den Konsumvereinen sympathisch gegenüberstehen, aber keine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter von ihnen erwarten. Noch etwas haben bedauerlicher Weise die Regierung und Herren, die im preussischen Abgeordnetenhause für die Waarensteuer eintreten, außer Acht gelassen. — Herr Dertel hat in seiner Rede Bezug genommen, in der ich den Rückgang des Handelskonsumvereine zurückgeführt. Ich habe aber in meiner Rede, die Dr. Dertel gar nicht vom Handel, sondern vom Gewerbe gesprochen. Handel hat keine Ausnahme, sondern eine Zunahme der Verkaufsgüter, weil eine Anzahl kleiner Erzeugnisse, die aus dem Gewerbebetriebe durch übermäßige Konkurrenz herausgedrängt worden sind, im Handel eine Zufahrt gesucht haben. In Sachsen ist diese Zunahme noch stärker gewesen, als im übrigen Deutschland, wie sie daraus ersehen mögen, daß dort im Jahre 1882 auf je 100 Einwohner im Jahre 1895 auf je 115 Einwohner ein Handelbetriebe kam. Diese kolossale Ueberfüllung und nicht etwa Konsumgenossenschaften sind der Grund der Noth der kleinen Handelbetriebe. Dasselbe wird daher nicht durch die Besteuerung der Konsumvereine beseitigt; die Umsatzsteuer wird sich ein Schlag ins Wasser erweisen. Herr Dr. Dertel sprach gestern von sächsischen Konsumvereinen die 14, 16, 18 Prozent Dividende geben; er vergaß zu erwähnen, wie viele weniger geben. Der durchschnittliche Gewinn der Konsumvereine beträgt nicht über 10 Prozent. Nun sagt man, wenn Konsumvereine 14 Prozent Dividende zahlen kann, so kann er 2 Prozent Steuer zahlen. Dabei vergißt man erstens, daß Reingewinn nicht in die Taschen einer kleinen Anzahl von Aktionären fließt, sondern sich auf Tausende von Mitgliedern vertheilt, zweitens, daß die Steuer auf den Umsatz und nicht auf den Reingewinn gelegt wird, und schließlich drittens, daß der Konsumverein nicht noch 4 Prozent Staatssteuer nebst einem vielleicht noch höheren Kommunalzuschlag zu bezahlen hat. So kommt es, daß ein Konsumverein mit einer Million Umsatz circa 28—29,000 Mark Steuern zu zahlen hat, während eine Aktiengesellschaft entsprechendem Umsatz nur 8—9,000 Mark zu zahlen hat. Die Konsumvereine werden so hoch besteuert, während doch Mitglieder wirklich keine Kapitalisten sind. Der arme Mann, dem Konsumverein beiträgt, um bessere Waaren zu erhalten und außerdem auch auf die kleine Dividende zu Weihnachten freut, davon eine Steuer von 20—25 Prozent bezahlen, der Kapitalist aber, der 100,000 Mark Einkommen hat, zahlt nur 5 1/2 Prozent Einkommensteuer. Dabei schrieb die „Allgemeine Zeitung“ bei Einführung der Einkommensteuer seiner Zeit, daß man, wenn dieser Weise Vermögenskonfiskation getrieben werde, genöthigt werde, seine monarchische Gesinnung zu revidiren. Den Aktionären aber der kleine Ertragsgewinn, den sie sich durch ihre Intelligenz und Arbeitskraft erworben haben, ruhig konstatirt werden, kümmert die Herren nichts. — Was wird schließlich die Folge der Umsatzsteuer sein. Sie werden die Besteuerung auf die Großbetriebe überhaupt ausdehnen müssen, wie es Herr Gumpel auch im Abgeordnetenhaus ausführte. Auch der Drohnenfischer wird von den elektrischen Betrieben geschädigt. Durch die Einführung der großen Fabrik werden stets 10—12 Schreiner zu Grunde gehen. Haben diese nicht dasselbe Recht auf Ertrag wie die Kleinhandlerv. Sie kommen schließlich zu der Konkurrenz, die ganz werbefreiheit ausüben zu müssen. Das Vorgehen der sächsischen Regierung ist also ganz unsum, doch auf eine Dumtheit kommt es dieser Regierung wohl nicht mehr an. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Abg. Gröber (Zentr.): Früher rechnete man die Konsumvereine nicht unter die Gewerbebetriebe. Jetzt ist man allgemein der Ansicht, daß diese Vereine Gewerbebetriebe mit der Arbeiter-Gewinnverteilung sind. Daß die Umsatzsteuer in Widerspruch der Reichsgewerbeordnung steht, ist also eine irtige Anschauung. Wir werden daher für Uebergang zur Tagesordnung stimmen. Abg. Dr. Dertel (kons.) Gegen Konsumvereine, die auf Thee u. s. w. verkaufen sind wir auch; der Bund der Landwirthe unterstützt solche Genossenschaften nicht. Wenn die Kommunen die Konsumvereine herausfinden und die Großbetriebe und Aktiengesellschaften unbeschäftigt liegen, so würde ich das auch für ungut halten. Diese Großbetriebe müssen ebenso getroffen werden, wie die großen Offizier- und Beamtenkonsumvereine. Der Mittelstand muß erhalten werden, sonst kann uns auch eine große Noth über den zehn Geschwadern nicht nützen. (Bravo rechts.) Abg. Naab (Antik.) Die Umsatzsteuer liegt im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes. Daß die Sozialdemokraten von Mittelhandretterei sprechen, ist von ihrem Standpunkt aus nur konsequent. Wenn wir für die Erhaltung des Mittelstandes etwas thun, wird er ein feines Volkwerk gegen den Mittelstand werden. Die Konsumvereine nach gewisser Richtung hin ihre volkswirtschaftliche Berechtigung, aber im allgemeinen ist man in besseren selbstständigen Geschäften mindestens etwas auf. Es wird oft über schlechtes Gewerbe in den Konsumvereinen geklagt und billiger verkaufen sie auch. Die Sozialdemokratie steht in den Konsumvereinen mit der Mittelhandretterei. Erst soll der Konsumorganisiert werden, dann Produktion. Wir wollen dafür sorgen, daß die sozialdemokratischen Räume der Konsumgenossenschaften nicht in den Himmel steigen (Beifall rechts.) Abg. Wurm (Soj.) Die Reinkunft des Herrn Dr. Dertel auf sehr schwachen Füßen. Er weiß noch nicht, daß wenn einem Betrieb die Dividende sich von 10 Prozent auf 2 Prozent verringert, dies ein Unterschied von 20 Prozent des Gewinnes bedeutet ist. Aus den Ziffern, die heute mein Freund Bebel vorgetragen hat, erhellt, daß im Handel allein die Zahl der selbstständigen Betriebe sich vermehrt hat. Herr Dertel meinte, der Großhandel verzinsle sich meist nur mit 2 Prozent. Ich glaube die Herren, Herr Dertel hier vertritt, würden sich sehr dagegen wehren, wenn man sie mit 2 Prozent erprovidiren wollte. — Ich kann allerdings nachweisen, daß die sächsische Regierung bei der Verordnung der Umsatzsteuer nicht gerecht vorgegangen ist, daß wirklich nur Konsumvereine besteuert werden. So sind in Burgstadt 2 Geschäfte in Krummholz 5 Geschäfte steuerfrei geblieben. Wir glauben, daß der großkapitalistische Betrieb den Kleinbetrieb auslaugt, gerade deswegen sind wir Sozialdemokraten. Wir konstatiren

die Thatsache der Entwicklung, denn in das großkapitalistische Ge-  
 staltung einzuwirken, haben wir leider keine Macht. Die Konsum-  
 vereine sind entstanden, um den Wettbewerb, soweit er über-  
 schüssig ist, zu eliminieren. Wir wollen ihn nicht künstlich erhalten, da er  
 nur der Konsumenten wegen da ist, nicht umgekehrt. Die Kon-  
 sumgenossenschaft in Hamburg ist ganz jungen Datums, an ihr  
 kann der von Herrn Raab behauptete Rückgang der selbstständigen  
 Geschäfte in Hamburg nicht liegen. In Belgien, wo der  
 größte Konsumverein besteht, ist die Zahl der selbstständigen  
 Geschäfte noch gewachsen. Wir halten die neue Steuer für geeignet,  
 die Konsumvereine völlig zu erdroffeln, und dieser Effekt wird wohl  
 auch von den Mittelstandskretzern gewünscht. Geschädigt werden nur  
 die armen Arbeiter, und diese werden sich dafür bei den Wahlen  
 rächen. (Sehr richtig! links.) Es giebt ja auch in Sachen  
 kommunen, die auf diese Steuer verzichten. Aber die Konservativen  
 wollen ja im sächsischen Landtage auf eine Staatssteuer hinwirken.  
 Dann wird auch der Dresdener Konsumverein getroffen werden.  
 Die sächsische Regierung verwendet eben zweierlei Recht: das schlechte  
 für die Arbeiter, das gute für die Besitzenden. (Beifall d. b. Sozial-  
 demokraten.) Damit schließt die Diskussion. Der Antrag U. (b. recht  
 und Genossen (Soz.) auf Ueberweisung der Petition an den Reichs-  
 tagler zur Berücksichtigung wird abgelehnt, der Kom-  
 missio nstratrag auf Uebergang zur Tagesordnung an-  
 genommen.

Eine weitere Petition verlangt Bekämpfung des Trunk-  
 weinens. Die Kommission beantragt Ueberweisung  
 des Material.

**Abg. Bindewald (Antif.):** Das man mit der einseitigen Be-  
 reicherung des Brennweins die Trunksucht, aus der Welt schaffen  
 will, ist mir unerfindlich. In manchen Fällen ist der Schnaps gar  
 nicht zu ersetzen. B. B. können die Landarbeiter, die in der  
 abhängenden Hitze auf dem Felde zu arbeiten haben, ohne Schnaps  
 gar nicht auskommen. Warum will man nicht in gleicher Weise  
 den Champagner besteuern? Wir verlangen, den Schutz der kleinen  
 Leute zu beobachten, und beantragen daher, über diese Petition zur  
 Tagesordnung überzugehen.

Das Haus beschließt diesen Antrag mit großer Majorität abgelehnt.  
 Nächste Sitzung: Donnerstag  
 Uhr. (Etat des Auswärtigen Amtes.)

**Preussischer Landtag.**

Das Abgeordnetenhaus nahm heute die zweite  
 Lesung des Etats der Zentralgenossenschaftskasse vor. Diese  
 Kassaforderung ist die Agrarier ist mit fünfzig Millionen  
 Mark Staatsgelder dotiert und bringt eine Verjüngung dieser  
 Summe mit einem halben Prozent zu Wege. Eine solche Ver-  
 wendung des Geldes der Steuerzahler gefällt den Agrariern; sie  
 möchten noch mehr zur Verfügung haben, und die Schleswig-  
 holsteinische Landesgenossenschaftskasse in Kiel verlangt mit großer  
 Beharrlichkeit eine Verdoppelung des Grundkapitals der Zentral-  
 kasse, die mit zweihundert Millionen Mark arbeiten soll. Ähnliche  
 Wünsche äußerte heute auch der Agrarier Dr. Pahn, der im  
 Verein mit den Agrariern aller Schattierungen auch in dieser Jahre  
 ein hohes Lob auf das Institut sang. Diese Wünsche gingen  
 selbst Herrn von Miquel zu weit, der eine Erhöhung des  
 Grundkapitals der Kasse für überflüssig erklärte. Im Uebrigen rief  
 der Minister dringend zur Bildung von Handwerker-genossenschaften,  
 die mit Hilfe des billigen Zinsfußes der Zentralkasse den Mittel-  
 stand retten sollen. Zurückgewiesen wurden die agrarischen An-  
 wendungen von dem freisinnigen Abg. Dr. Gröger, der als  
 Genossenschaftsmann sonst dem Gedanken der Bildung von Hand-  
 werker-genossenschaften sehr sympathisch gegenüber stand. Heutzutage  
 argerte die Klage des Herrn Dr. Arndt über die Preise, die  
 seine Silberreden nicht trucken will. — Nach Erledigung  
 dieses Etats wurde die Umgestaltung des Gerichtsvollziehers  
 nach dem Regierungsvorschlage mit der Veränderung genehmigt, daß  
 das Anfangsgehalt der Gerichtsvollzieher zweiter Klasse auf  
 1500 Mk. bemessen würde. Die Reform soll übrigens, wie Minister  
 Schmidt erklärte, erst am 1. Oktober eintreten. Morgen beginnt  
 die zweite Lesung des Eisenbahnetats.

**Parlamentarisches.**

**Unfallversicherungskommission.** In der Sitzung am Mitt-  
 woch kam zuerst der Antrag des Abgeordneten Roschke-Deffau zur  
 Beratung, das sich auf den von den Sozialdemokraten gerügten  
 Mangel bezieht, daß in der Genossenschaftsversammlung die Ver-  
 sicherungsvorschläge der Arbeitervertreter in deren Abwesenheit ab-  
 gelehnt werden können. In einem solchen Falle soll nach dem Vor-  
 schlage des Abg. Roschke das Reichsversicherungsamt bestimmen, ob  
 die Unfallversicherungsbedingungen einer nochmaligen Beratung und  
 Beschlußfassung seitens des Vorstandes und der Vertreter der  
 Arbeiter zu unterwerfen sind. Das Reichsversicherungsamt, so be-  
 gabelte Abg. Roschke seinen Antrag, werde durch die vorgeschlagene  
 Veränderung die Möglichkeit haben, den Arbeitern den ihnen gebüh-  
 renden Einfluß unter allen Umständen zu sichern. Er habe das  
 Vertrauen, daß das Reichsversicherungsamt von dieser Befugnis in  
 allen Fällen, in denen es nötig ersehe, mit der nötigen Energie  
 Gebrauch machen werde. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie  
 nicht, nachdem in der vorigen Sitzung ihre weitergehenden Anträge  
 abgelehnt seien, für den Antrag Roschke stimmen werden, weil der-  
 selbe eine allerdings ungenügende Verbesserung für den jetzigen  
 Zustand bedeute. Die Nationalliberalen schlugen eine Abänderung des  
 Antrages Roschke dahin vor, daß die von der Genossenschaftsver-  
 sammlung beschlossene sachliche Abweichung von den mit den  
 Arbeitervertretern vereinbarten Schutzvorschriften auf Erfordern des  
 Reichsversicherungsamtes unter Zustimmung des Arbeitervertreter zu  
 unterwerfen sei. Obgleich dieser Vorschlag eine durchaus berechtigte  
 Vereinfachung des Verfahrens herbeiführen hätte, so gehen die Anträge  
 über ihren Antrag doch schließlich zurück, nachdem derselbe von der  
 Regierung als eine Bevormundung der Genossenschaftsversammlung  
 bekämpft worden war. Eine Beschleunigung des Antrages Roschke  
 beantragten dagegen die Zentrumsgesandten. Sie wollen die  
 mögliche Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der  
 Genossenschaftsversammlung und dem Vorstand bei den  
 Arbeitervertretern dem Reichsversicherungsamt zuweisen. Bei der  
 Abstimmung wird jedoch dieser Antrag abgelehnt und der Antrag  
 Roschke im Wesentlichen unverändert angenommen.

Um die Beachtung der Unfallversicherungsbedingungen zu er-  
 zwingen, sind die Genossenschaften befugt, die Betriebe durch  
 „Beauftragte“ kontrollieren zu lassen. Die Sozialdemokraten be-  
 haupten, daß die Berufsgenossenschaften hierzu nicht befugt, sondern  
 verpflichtet werden, da bisher auf dem Gebiete der Ueberwachung  
 der Betriebe viel zu wenig geleistet worden sei. Der Ministerial-  
 direktor von Woedtke sucht die Berufsgenossenschaften ganz gewaltig  
 herauszustreichen und preist ihren Eifer auch bezüglich der Durch-  
 führung der Unfallversicherungsbedingungen. Der Staatssekretär des  
 Innern jedoch gibt zu, daß die Berufsgenossenschaften bei Weitem  
 ihre Pflicht nicht gethan haben und daß deshalb unbedingt auf eine  
 strengere Kontrolle hingewirkt werden müsse. Der Antrag der  
 Sozialdemokraten wird jedoch abgelehnt, dafür aber die Fassung an-  
 genommen, die von den Berufsgenossenschaften selbst verlangt worden  
 war, wonach der Eingang des betreffenden Paragraphen folgen-  
 dermaßen lautet: Die Berufsgenossenschaften sind verpflichtet, für die  
 Durchführung der von ihnen erlassenen Unfallversicherungsbedingungen  
 Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch Beauftragte die Betriebe  
 kontrollieren zu lassen. Ferner verlangten die Sozialdemokraten, daß  
 auch den Vorständen der Krankenkassen das Recht gewährt werde,  
 die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen und zum Schutz von Leben  
 und Gesundheit erlassenen Vorschriften zu überwachen, da ja die  
 Krankenkassen für die Folgen der Unfälle während der ersten  
 13 Wochen eintreten müssen und deshalb an der Beachtung der

betreffenden Vorschriften aufs Stärkste interessiert seien. Der Antrag  
 wird jedoch abgelehnt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag  
 verlangte, daß die Beauftragten über ihre Thätigkeit und die dabei  
 gemachten Beobachtungen alljährlich dem Vorstand der Berufs-  
 genossenschaften einen Bericht vorzulegen haben. Dieser Bericht soll  
 veröffentlicht und in einer Vorstandssitzung beraten werden, zu der  
 auch die Vertreter der Arbeiter mit gleichen Rechten und in gleicher  
 Zahl wie die Vorstandsmitglieder zuzuziehen seien. Dieser Antrag  
 sei die selbstverständliche Konsequenz aus dem großen Interesse, das  
 die Arbeiter an der Beobachtung der Unfallversicherungsbedingungen  
 haben. Auch die Veröffentlichung der Berichte erscheint notwendig,  
 um einen Druck auf die Unternehmer ausüben zu können und die  
 Arbeiter auf die bestehenden Mängel und die ihnen drohenden  
 Gefahren aufmerksam zu machen. Trotzdem wird auch dieser Antrag  
 verworfen. Schließlich verlangten die Sozialdemokraten, daß die  
 Kontrollbeamten zur Hälfte von den Arbeitern und zur Hälfte von  
 Unternehmern gewählt werden. Gegen diesen Antrag sprach sich  
 wieder ganz besonders eifrig der Ministerialdirektor von Woedtke  
 aus, da die Arbeiter nicht fähig seien, die richtigen Personen als  
 Kontrollbeamte zu wählen und sich dadurch selbst schaden würden.  
 Diese sonderbaren Vorstellungen von den Fähigkeiten der Arbeiter  
 wurden von den Sozialdemokraten entschieden zurückgewiesen. Die  
 bürgerlichen Abgeordneten schlossen sich der Auffassung des Ministerial-  
 direktors an, indem sie den sozialdemokratischen Antrag ablehnten.  
 Nächste Sitzung Donnerstag.

**Partei-Angelegenheiten.**

**Ein Stüd „Stegmüllerer“** wird aus Elmhorn be-  
 richtet: Eine Einladung zum Besuch der Stadt an Herrn  
 v. Köller zu richten und die Geschichte aus öffentlichen  
 Mitteln zu bezahlen, beschloß das hiesige Stadtverordneten-  
 kollegium. Unter dem Zustimmungsbefanden sich auch vier  
 von den fünf sozialdemokratischen Beiratsmitgliedern; es waren  
 dies die Herren Feld v. d. fehrer, Mauerer, Krause und jehiger  
 Mauermeister, Krause, führender Parteifolporteur und viel-  
 jähriger Leiter der Parteibewegung am Ort, jehiger Geschäft-  
 und Firmeneinleger der „Schlesw.-Hollst. Volksztg.“, Göttsche,  
 Schuhmachereier und ältestes Mitglied der „Fraktion“, schließ-  
 lich Kehler, Verbergeselle und bisheriger Vorsitzender der  
 Agitations-Kommission vom nordwestlichen Bezirk des Leder-  
 arbeiter-Verbandes, seit Neujahr Stadtverordneter. Nur einer,  
 der Genosse Ludw. g., lehnte die Zustimmung rundweg ab,  
 nachdem er zweimal gegen den Vorschlag gesprochen hatte.  
 Bemerkte sei noch, daß nach Schluß jener Sitzung eine fidele  
 Skizze anfang, an welcher außer den bürgerlichen Herren auch  
 drei der vorerwähnten „Arbeitervertreter“ bis zum anderen  
 Morgen um 5 Uhr teilnahmen! Die Aufregung der heiligen  
 Arbeiter über dieses Verhalten ist ungeheuer. In nächster Zeit  
 wird schon eine außerordentliche Wahlvereins-Versammlung  
 einberufen, zu der die Wahlvereinsleitung wie auch der Genosse  
 v. Elm geladen werden. Wir sind überzeugt, schreibt die  
 „Schlesw.-Hollst.-Volksztg.“, dort wird diese für die Partei so be-  
 dauerliche Angelegenheit ohne jede Schwäche endgültig geregelt.

**Lokales und Provinzielles.**

Breslau, den 1. März 1900.

**\* Der Frühling war da!** In allen Tonarten  
 hat man es hinausgehult und in den Tiefen des Herzens  
 hat man sich gestreut über den lachenden Sonnenschein, der  
 jetzt endlich dem schneereichen Winter ein Ende machen zu  
 wollen schien. Und jetzt? Gestern der Regen, dann wieder  
 Schnee und nun gar während der Nacht eine grimme Kälte,  
 die manche Fenster Scheit mit den lieblichen Eisblumen ver-  
 sah und am Morgen den Ausblick versperrte. Rote Nasen-  
 spitzen, ebensolche Ohren — sie waren das Symbol  
 des zurückgekehrten Winters, der nun noch einmal  
 seine ganze grausame Härte beweisen wollte! Sich  
 rächen an denen, die zu früh gehult, das scheint seine  
 Lösung. Und die Menschen der Großstadt, die in Fabriken  
 und dumpfen Gemächern das ganze Jahr verbringen müssen,  
 und die erleichtert aufatmeten, als ihnen der letzte Februar-  
 Sonntag einen Tag reinen Naturgenusses brachte, sie werden  
 nun wieder in ihrer Alltagsarbeit seufzen: Der Frühling  
 war da!

**\* Wie gefährlich der Beruf eines Droschken-  
 kutschers ist,** zeigte heute eine Verhandlung vor der hie-  
 sigen I. Strafkammer. Der Thatsachendatum ist folgender:

Der Taxameterkutscher G. fuhr am 18. Januar d. J.  
 von dem Droschken-Standplatz Junkersstraße, Abends gegen  
 9 Uhr, die Schußbrücke entlang nach Hause. An der Ecke  
 Ohlauerstraße, am „Blauen Hirsch“, steht ein Bauzaun, trotz-  
 dem kann aber immer noch eine Person das Trottoir be-  
 nutzen. An dieser Stelle soll nun der Angeklagte die Friseur-  
 frau Hoffmann mit seinem Fuhrwerk umgerissen haben. Die  
 Verletzungen waren ganz geringfügige. G. behauptete, er habe  
 Niemanden vor seiner Droschke laufen sehen, was wir nicht  
 von einem Unfälle. Zugerufen werde den Droschkenführern  
 auch aus Schabernack sehr häufig. Sollte Frau Hoffmann  
 von seiner Droschke umgerissen worden sein, dann könne die-  
 selbe nur im Moment des Vorbeifahrens vom Trottoir  
 herunter getreten sein und vom Hinterrad seiner  
 Droschke umgeworfen worden sein, oder aber die  
 Droschke habe des schlüpfrigen Weges wegen geschleudert,  
 und die Frau umgeworfen, während der Kutscher sein Augen-  
 merk auf die Kreuzung der Ohlauerstraße richten mußte und  
 nicht sehen konnte, was an der Seite passire. Zeugen waren  
 außer dem Ehegatten der Klägerin keine zur Stelle. Der  
 Angeklagte wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts zu  
 der hohen Strafe von 3 Wochen Gefängnis  
 verurteilt.

**\* Ersatzwahl im Landtagswahlkreise Glogau-  
 Lüben.**

Der Regierungspräsident in Liegnitz hat den Termin  
 für die erforderlichen Wahlmänner-Ergänzungswahlen auf  
 Dienstag, den 6. März d. J., und für die Wahl des Abge-  
 ordneten auf Dienstag, den 13. März d. J., festgesetzt und  
 den Landrath Singelmann in Glogau zum Wahlkommissarius  
 ernannt. Die Wahl des Abgeordneten wird in Glogau  
 stattfinden.

**\* Chronik der Gruben-Unfälle.** Auf dem Krugschacht  
 der Königgrube bei Königshütte verunglückte am Freitag  
 früh der Bergmann Ludwig Bierzalla, indem er durch die Puffer  
 gegen den Wagen quergestellt wurde. Die Verletzungen waren derart,  
 daß nach kurzer Zeit der Tod eintrat. — Am Montag verunglückte  
 der in Hermsdorf wohnhafte Schlepfer Dominikus Winkler  
 auf der Wärschütz-Friedenshoffnung-Grube, indem  
 er von der Hölzel erfasst wurde, wodurch ihm die Kleidung zum  
 Theil zerrissen und bedeutende Quetschungen am Körper beigebracht  
 wurden. Winkler wurde ins Waldenburger Knappschafts-Lazareth  
 abeführt.

**\* Tolkowth.** In der jüngsten Zeit sind in mehreren  
 Ortshäusern des Kreises Oppeln Fälle von Tolkowth unter  
 den Hundten vorgekommen, die zur Vorsicht mahnen und Ver-  
 anlassung gegeben haben, daß die Hundesperre für einzelne  
 Ortshäuser angeordnet wurde. In Colonie Paris bei  
 Demarsch sind, wie berichtet wird, zwölf Hunde in den Ge-  
 höften von einem tollwüthigen Hunde aufgegriffen und gebissen  
 worden; alle mußten getödtet werden. In Marow wurde  
 ein Sohn des Kaufmanns Kober von einem wuthfranken  
 Hunde gebissen und als letzterer vor einiger Zeit aus Berlin,  
 wo er sein Kind in Behandlung gegeben hatte, zurückkehrte,  
 wurde ein zweiter Sohn von demselben Unthier betroffen, so  
 daß der bedauernswürdige Vater noch einmal die Reise nach  
 Berlin antreten mußte.

**\* Im Stadt-Theater** wird am Donnerstag Serbis Oper  
 „Alba“ zur Aufführung gebracht. Am Freitag wird das Trauer-  
 spiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“ von Franz Grillparzer  
 gegeben.

**\* Im Lobe-Theater** gelangt Iphig's Schauspiel „Hedda  
 Gabler“ am Donnerstag zur Aufführung. Die Besetzung ist die  
 beste. Am Freitag findet die neunzehnte Aufführung der Oper  
 „Die Fuppe“ statt.

**\* Volksvorstellungen im Thalia-Theater.** Am Donnerstag  
 geht als letzte Vorstellung der laufenden Serie das Parongesche  
 Lustspiel „Doktor Klaus“ für Gruppe M in Szene. Die weitere  
 Ausgabe der neuen Abonnements für die Gruppen N, O, P er-  
 folgt täglich von 10 bis 2 Uhr imendantur-Bureau des Stadt-  
 theaters.

**\* Straßenbauten.** Die Göpperstraße wird gegenwärtig  
 neu gepflastert und ist deswegen für Wagenverkehr geschlossen. Die  
 Neupflasterung erfolgt wegen der bevorstehenden Eröffnung des  
 neuen Höpffischen Instituts an der Kreuzkirche. Der Bau der  
 neuen Auenstraße, welche die Fürstenstraße mit der Thiergartenstraße  
 verbinden und den Verkehr nach der Oder resp. nach der projektierten  
 neuen Oberbrücke im Osten vermitteln soll, ist in Angriff genom-  
 men worden. Nach Fertigstellung des technischen Theiles der Ar-  
 beiten werden die Straßen gepflastert.

**\* Verhaftet** wurde ein Arbeiter, der von der Ladentür  
 eines Geschäftlokals auf der Waldertstraße ein Paar Hosen ge-  
 stohlen hatte und ein anderer Arbeiter, der dabei übertraffen worden  
 war, wie er auf dem Dorstvorbahnhof von einem Güterwagen einen  
 Sack Hater stehlen wollte.

**\* Grober Unfug.** In der Nacht zum 21. v. Mts. wurde  
 eine an den Friedhöfen auf der Ostwiler Chaussee stehende Bude  
 erbrochen. Der Eindringling nahm mehrere Schaufeln, einen  
 Dienstmantel, zwei Mägen, ein Arbeitsschloß und verschleßenes  
 ordere an sich. Es dürfte sich jedoch weniger um einen Einbruch-  
 diebstahl, als vielmehr um groben Unfug handeln, denn fast alle  
 erwiderten Sachen sind zwischen Gärtnern verstreut angefangen  
 worden.

**\* Verurtheter Einbruch.** Am 25. v. Mts., Nachmittags,  
 wurde ein Einbruch in eine Wohnung auf der Königgräberstraße  
 verurthet. An dem Schloß zeigen sich Spuren davon, daß an dem-  
 selben mit einem Dietrich oder Nachschlüssel herumgearbeitet  
 worden ist.

**\* Diebstähle.** Am 26. v. Mts., Abends, wurde einem  
 Haushälter in Krogenau ein grauer Winterüberzieher mit dunkel-  
 blauem Sammetragen und roth-grau-blau kariertem Futter ge-  
 stohlen. In den Taschen stecken ein Schlüssel, 3 Mk. bares Geld,  
 eine Irdbankentarte, ein Krankentassenbuch und ein Arbeitsbuch. —  
 Einer auf der Neuen Weltstraße wohnenden Wälderin wurde ein  
 rotha Unterrock, ein rothgestreifter Unterrock, ein blauegestreifter  
 Unterrock, ein hellblauer Unterrock, ein weißer Bettbezug, ein Tisch-  
 tuch, vier Handtücher und vier Taschentücher gestohlen.

**\* Alarmierung der Feuerweh.** Am 27. v. Mts., Abends,  
 geriet in einem Schornstein des Hauses Neumarkt 23 der Rauch in  
 Brand. Durch Mannschaften der Feuerweh wurde der brennende  
 Rauch entfernt. — Am 26. v. Mts., Abends, war die Feuerweh  
 nach Kirchstraße 8 gerufen worden, wo durch achtloses Wegwerfen  
 eines noch brennenden Streichholzes etwas Papier in Brand gesetzt  
 worden war. Die Feuerweh rückte sofort wieder ab.

**\* Vermißt.** Die 28 Jahre alte Haushälterin Emma  
 Dresler, Paulinenstraße 18, wird seit dem 22. v. Mts. vermißt.  
 Sie trägt einen braunen karierten Rock, helles Jaquet und schwarzes  
 Kopftuch. — Vermißt wird seit dem 20. v. Mts. der 18 Jahre  
 alte Arbeiter Karl Schmidt, der bei seinen Eltern Kreuzbürgerstr. 10  
 gewohnt hat. Er ist mit Halbstiefeln, engschleiberner Hose, grauem  
 Jaquet, schwarzer Weste und grauem Hut bekleidet.

**\* Verführer Selbstmord.** Am 27. v. Mts., Morgens,  
 versuchte sich ein auf der Weihenburgerstraße wohnendes Mädchen  
 dadurch zu tödten, daß es eine größere Menge Sublimat-Pastillen  
 verschluckte. Ein schnell gerufener Arzt pumpte sofort den Magen  
 des lebensmüden Mädchens aus, worauf es dem Alteshüligen-  
 Hospital zugeführt wurde.

**\* Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis  
 wurden am 27. v. Mts. 34 Personen eingeliefert. — Gefunden  
 wurden: eine silberne Zylinderuhr und ein Portemonnaie mit In-  
 halt. — Abhandeln kamen: ein Papierbeutel mit 28 Mk., vier  
 Portemonnaies mit 7.65 Mk., 12-13 Mk., 10 Mk. und 20 Mk.  
 Inhalt, ein weißes Spitzentuch und ein goldenes Silberletten-  
 Armband mit einem Rauch- und einem Goldtopas. Dieses Ar-  
 band ist im Zimmer 43 des Polizeipräsidiums abzugeben. Belohnung  
 wird zugesichert.

**In der Versammlung der Steinseher und Plaster-  
 arbeiter** etc., die am Dienstag Abend in Ebdichs Lokal tagte,  
 wurde ebenfalls über einen neuen Lohnvertrag verhandelt. Hier wurde  
 seitens des Gesellenauschusses ein mit der Juning vereinbarter neuer  
 Lohnvertrag vorgelegt, welcher bei zehnstündiger Arbeitszeit ein Stunden-  
 lohn von 50-55 Pf. festsetzt und außerdem auch die Akkordarbeiten  
 regelt. Die Versammlung erklärte sich mit diesem Tarif, der mit  
 1. April d. J. auf ein Jahr in Kraft treten soll, einverstanden.  
 Nachdem Kollege Herrmann über den zu Anfang Februar d. J.  
 in Berlin stattgefundenen Verbandsstag Bericht erstattet hatte, wurde  
 noch Kollege Baumgart als Delegierter zum Gewerkschaftskartell  
 gewählt.

**Liegnitz, 27. Februar.** Er soll Dein Herr sein!  
 Der Ferkelerbrüder Schürmel aus Sauban hatte, getreu dem Auf-  
 trage seines Lehrherrn, am Sonntag, den 17. Dezember zwei fette  
 Schweinchen auf dem Lande abgeholt, wöchentlich an einem so-  
 genannten „freien Sonntag“, und Nachmittags nach Kirchenschluß,  
 hatte außerdem jedes die Sonntaggrube ährende Geräusch dabei  
 vermieiden. Trotzdem sollte er für diesen Akt des Gehorsams  
 büssen; vor der zweiten Instanz der hiesigen Strafkammer wurde  
 er freigesprochen, mit der Beantragung auf Erhaltung seiner Aus-  
 lagen aber an seinen Dienstherrn verwiesen. — Hoffentlich schickt  
 der Herr Schächtermeister dann seinen Lehrling nicht mehr Sonntags  
 über Land.

**Ostau, 26. Februar.** Bei der hier kürzlich stattgefundenen  
 Gewerkschafts-Ergänzungswahl gingen aus der  
 Wahl als Gewerkschafts-Beisitzer sämtlich: von der organisierten  
 Arbeitererschaft Ostaus vorgeschlagene Kandidaten hervor. Die Be-  
 theiligung an der Wahl war eine gute zu nennen. Von 69 ein-  
 geschriebenen Wählern gaben 69 auch ihre Stimme ab. Da die  
 Gegner keine Kandidaten von ihrer Seite nominirt hatten, so ging  
 die Wahl ohne Kampf vor sich. Ein Zeichen, daß nur die organisierte  
 Arbeitererschaft von dem Nutzen dieser Institution überzeugt ist.  
**Glogau, 26. Februar.** Wegen wissenschaftlicher  
 Ansjuldigung war von der hiesigen Strafkammer ein Haus-  
 besitzer zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden.  
 Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urtheil auf und ver-  
 wies die Sache an das Landgericht zurück. Da die Angelegenheit  
 weiteres Interesse hat, geben wir sie nach dem Niedersch-

**Kugl. Hier wieder:** Der Angeklagte hat in der Zeit vom 19. Dezember 1898 bis 9. April 1899 im Gefängnis zu Breslau eine Verhinderung zu verzeichnen gehabt. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis sandte der Angeklagte unter dem 14. Juni 1899 eine Beschwerde über verschiedene unrichtliche Zustände in demselben an die Königlich-Oberstaatsanwaltschaft zu Breslau. Zu seinem Nachteil unterliegt er es, diese Beschwerde mit seinem Namen zu unterzeichnen. In der Beschwerde rügte er unter anderem, daß er, obwohl er krank gewesen sei, bis jetzt nicht zu einer dreiwöchigen Kur in der Provinzialanstalt für Geisteskrankheiten in Breslau zu kommen konnte; daß ihm der Anstaltsarzt, Kreisphysikus Dr. Rühlmann, ein mal mit dem Stich gedroht habe, daß den Gefangenen derartiges Essen sei für die Ställe zu schlechtem, in demselben seien wiederholt zerfetzte Schwaben vorgefunden worden, und die Schüsseln und Teller wären un sauber gewesen; von den Gefangenen erhobene Beschwerden seien unterdrückt worden, und wenn Einer einen großen Hogen (zur Anfertigung einer Beschwerde) verlangt habe, hätte er keinen bekommen; der Gefangenen-Aufsicht Hoffmann habe das Futter für seine Tauben von dem Wirtschaftsfachwart der Dominien erhalten, auf dem die Gefangenen der Anstalt landwirtschaftliche Arbeiten verrichteten; es sei vorgekommen, daß, wer sich geweigert habe, auf Anweisung zu gehen, mit Arrest bestraft worden sei; der Gefangenen-Aufsicht Hoffmann habe sich unflätiger Ausdrücke gegen die Gefangenen bedient u. s. w. Durch die heutige Beweisaufnahme, zu der zwölf Zeugen geladen waren, sind die vom Angeklagten in seiner Beschwerde gerügten Missethände und vorgekommenen Übergriffe zum großen Theil erwiesen worden; nur die Behauptungen des Angeklagten, daß Arreststrafen wegen der Weigerung, auf Anweisung zu gehen, und wegen Erhebens von Beschwerden verhängt worden seien, konnte der Gerichtshof nicht als erwiesen anerkennen. Deswegen wurde der Angeklagte der wesentlich falschen Anschuldigung wiederum für schuldig befunden und dafür zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Exoritur verurtheilt, dem Gefängnis-Vorsteher, Kreisgerichtsrath Hermann zu Breslau, auch die Publikationsbefugnis des Urtheilstenors zu gelassen.

**Posen.** Zur Lohnbewegung der Arbeiter können wir berichten, daß die im vorigen Jahre aufgestellten Forderungen 45 Pf. Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit, an die Arbeiter

zelp. Unternehmer eingereicht wurden. Die nehmen einen abnehmenden Standpunkt ein, jedenfalls wollen sich dieselben die Bessermittlung, die durch die Organisationsform unter den Arbeitern annehmend ist, zu nütze machen. Einzelne Vorkere, die in der Gewerbe (Vokalorganisation) Mitglied sind, glauben eine Länge für die Unternehmer brechen zu müssen, indem sie gegen die Forderung der zehnständigen Arbeitszeit auftreten. Nach langen Bemühungen war es nun endlich gelungen, eine kombinierte Versammlung einzuberufen, woran der Zentralverband, die Gewerbe und die Arbeiter-Dunkler betheiligt waren. Das Resultat dieser Versammlung war, daß sämtliche Beihellige einmütig beschloffen, an den Forderungen fest zu halten und dieselben mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zur Ausführung zu bringen. Ein „außwärtiger Helfer“ war in der Versammlung nicht anwesend. **Posen.** Hier hat sich nun auch eine Filiale des Schuhmacher-Verbandes gebildet. Bisher sind 38 Mitglieder beigetreten.

**Neueste Nachrichten.**

Die lex Heinze soll auf Grund vertraulicher Verhandlungen hinter den Coulissen sicher zu Stande kommen. Der Iden-erparagroph erhält eine etwas andere Fassung, während der Arbeitsberparagroph (natürlich!) und die Heraushebung der Schutzgrenze für Mädchen wegsallen werden. Es lebe die „Sittlichkeit“!

**Aus Mährisch-Ostrow**

berichten bürgerliche Blätter: Eine von etwa 10,000 Streikenden besuchte Versammlung beschloß im Streik auszubarren. Im östlichen Bezirk kam es gestern Nachmittag zu größeren Aufläufungen, so daß die bewaffnete Macht einschreiten mußte. Selbstverständlich „mußte“ sie, ohne Plünder und Säbel und solche Konflikte ja auch nicht zu lösen. Wie können die Streikenden sich auch „aniammeln“.

**Vom Krieg in Südafrika.**

Die der Transvaalregierung nahestehenden Kreise halten nach einem Telegramm der „West. Jg.“ trotz aufsteigender Interventionen die Fortsetzung des Krieges für unvermeidlich. Krüger werde alle Friedensbedingungen ablehnen, welche die Unabhängigkeit der beiden Vorens-

staaten berühren, und das ganze Volk würde einen förmlichen Ausrottungskrieg der Unterwerfung vorgehen. 6000 Mann Cronjes' Herr konnten sich retten und vollzogen die Flucht mit der Natalarmee.

**Standesamtliche Nachrichten.**

Vom 28. Februar.  
 Heiraths-Ankündigungen. I. Buchbinder Krawitz, kath., Berlinerstraße 88a, und Elisabeth Stang, Kurzgasse 4. — Schlosser Ernst Daniel, ev., Gewaldstraße 3, Klara Redoc, ev., Altenstraße 41. — Fleischer Max Bahner, Schuhstraße 6, und Anna Schumann, kath., Wernersdorf, Fleischer Karl Marx, ev., Oberstraße Nr. 6, und Ida Genes, Seidlitzstraße 17. — Buchhalter Gottfried Kall, kath., Neue Straße 8b, und Louise Gregor, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 2, Badner Karl Entady, ev., Grabfenerstraße 68, und Mariba kath., Bergstraße 10. — Badner Otto Schifmann, ev., Bergstraße 72, und Olga Mir, ev., Kurzgasse 74. — Ruscher Alexander, kath., Große Dreilindengasse 3, und Marie Merz, Antonienstr. 29. — Arb. Karl Conrad, kath., Antonienstr. 17, Anna Gerde, Klosterstr. 5. — III. Buchhändler Lorenz Malchere, Alexanderstr. 5, und Blanka Gahn, kath., Jägerstr. 4. — Schmied Hermann Heilmann, freireligiös, Antonienstr. 34, und Brahl, ev., Schrotgasse 6. — Tischler Eugenius Bleichsch, Adalbertstr. 33, und Rosina Hobbs, geb. Großer, kath., Girsch, Schuhmacher Hermann Weiske, ev., Michaelstr. 27, Johanna Hartmann, ev., Michaelstr. 27. — Arbeiter Reich Drabe, ev., Jägerstr. 3, und Auguste Blum, ev., Elbingstr. 2, Schmied Robert Rauhut, ev., Girschstr. 50, und Vertha Ran, ev., Jägerstr. 3. — Tischler Bruno Herrmann, ev., Brodau, Luise Ludwig, ev., Neue Jägerstr. 33. — Zimmermann W. Blunke, ev., Kleischstr. 27, und Elisabeth Schulz, geb. We, ev., Jägerstr. 3. — IV. Hausbater Karl Kaupach, kath., Klosterstr. und Karoline Beer, kath., Gewaldstr. 14. — Schlosser Julius Katta, Gochstr. 33, und Emilie Birk, kath., Tannengasse 8, Arbeiter Heinrich Adler, kath., Hundsfelder Chaussee, Pfeiffer und Rosina Matuffel, ev., Freiburgerstr. 33.  
 Todesfälle. II. Arbeiter Wilhelm Scherbel, 62, Heizer Julius Schwalm, 27 J. — III. Erwin, S. des Dr. Gehilfen Hugo Proff, 3 Mon. — O. K. des Schubmann Franz Michalsky, 2 J. — Kaiser Franz Weimann, 71

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag:  
 „Aida“.  
 Fr. itas:  
 „Des Meeres und der Liebe Wellen“.  
 Sonnabend:  
 Wohlthätigkeits-Vorstellung.  
 (Kinder-Oper — Karmäler- und Picardie).

**Wöbel,**  
 Spiegel u. Polsterwaaren  
 in eigener Werkstatt vom besten Material gefertigt, unerreicht billig.  
 Eleg. Nähgarnitur, evtl. 90 Mk.  
 Salonisch 18 -  
 Trumeau mit 60 -  
 Schrank mit 45 -  
 Verticow mit 33 -  
 Spiegel-Schrank 25 -  
 Divan in gutem Stoff 30 -  
 Bettstelle mit Matratze 3 -  
 Rohrinhl mit hoher Ledne 3 -  
 u. sämmtl. and. Ausstattungsstücke, befestigt man nur bei

**Grosse öffentliche Miether - Versammlungen**  
 1. Donnerstag, den 1. März 1900, Abends Punkt 8 Uhr im Saale des Herrn Leuschner, „Zur Hopfenbläthe“, Berlinerstraße 70, 222  
 2. Freitag, den 2. März 1900, Abends Punkt 8 Uhr, im „Salino“, Schirmerderplatz 12, 222  
 3. Montag, den 5. März 1900, Abends Punkt 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Bismarckstraße 21 hat, 222  
 wozu wir alle Miether (auch Frauen) einladen.  
 Tagesordnung:  
 Vortrag des Herrn Subdirector Zscharn.  
 1. Weshalb war unsere Organisation nöthig?  
 2. Was wollen wir dadurch für uns erreichen?  
 3. Diveres.

**Cocosnussbutter**  
 bestes und reines Pflanzenfett, Ersatz für Butter und Schmalz, offerirt lose à Pfund 45 Pf.  
 Proben gratis. 219  
 J. May sen., Büttnerstr. 6.

**Confirmations-Anzüge**  
 in allen Stoffarten u. anerkannt bester Ausführung.  
**S. Hurtig,**  
 Ohlauerstr. 84, I. Etage. 189

**Lobe-Theater.**  
 Donnerstag:  
 „Sedda Sabler“.  
 Freitag:  
 „Die Puppe“.

**F. Pauer, Sandstraße 15,**  
 dicht am Neumarkt. 138  
 Auch Theilzahlung.

**Der Vorstand des I. Breslauer Wohnungs-Miether-Vereins.**  
 Wir empfangen heute eine große Sendung  
**Cablian**  
 und halten dieselben vorzüglichen Fisch bestens empfohlen. Ferner empfehlen wir:  
 Prachtvollen großen  
**Schellfisch u. Seelachs.**  
 Hochfeine Fisch-Cotelettes.  
 Kleine und große grüne Heringe.  
**D. D.-F.-G. „Nordsee“**  
 Schmiedebrücke 48.  
 Scheitnigerstr. 37. Friedr. Wilhelmstr. 66.  
 Niederlagen: Fischer, Neue Sauerbrunnstraße 27a, Aust. Palmstraße 5. Reinsch, Grabfenerstraße 72. Jas. Priemer, Brüderstraße 1.

**Altenverkauft des Garantieco**  
**„Felicitas“**  
 von Mk. 4,50 an.  
 Schönste, moderne Form — vorzüglich Sit und höchste Haltbarkeit.  
 Jede Käuferin erhält einen  
**Garantiechein**  
 auf 8 Monate, während welcher gebrochene Einlagen umsonst ersetzt werden.  
 Größte u. mehrfach preisgekrönte Corsetfabrik  
 78 Ohlauerstrasse. **Paul Rawitz,** genau gezeichnet, Weißer 20

**1900er Tourist**  
 Fahrräder Ia. Qual.  
 Bohrauer-Strasse No. 7  
 Verkauf: Harrasgasse No. 4-6  
 an d. 4. cr. Liebig's Etabl. (Sommerstr.)  
**Jul. Dressler & Co.**

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
 Donnerstag:  
 Gruppe M. 6 Vorhellung: „Doctor Klaus“.

**40 Waschtische, 196 Spiegel-Schränkchen und Spiegel**  
 werden einzeln auf Abzahl. b. einer Anzahl v. 5 Mk. und wöchentl. Abzahl. v. 1,50 Mk. abgegeben  
**S. Osswald,**  
 Schuhbrücke 74, I.

**Zeltgarten.**  
 Bestes Konzert der Winter-Theater.  
 u. Spezialitäten-Saison.  
 Das Beste zuletzt:  
 8 Spezialitäten-Schlager  
 Gastspiel v. Mm. Leonore  
 Unerklär! Geheimnis!  
 Allabendlich ausverkauft!  
**„Venus auf Erden“**  
 Im Tunnel:  
 Lebenswunder! Originell!  
 Im Lager der Buten.

**Bräuer's Etabl. „Zur frohen Stunde“,**  
 Gabelstraße Nr. 12.  
 Sonnabend, den 3. März 1900:  
**Gr. Masken-Ball**  
 maskirt und unmaskirt.  
 „Kranz der Masken“.  
 Prämiation der schönsten Masken.  
 Statistika-Parties im Pomeranzen-Saal 50 Pf., Dame 25 Pf. An der Kasse 60 und 80 Pf. Anfang 8 Uhr.  
 Es laden ergebenst ein  
**Der Vorstand.**

**Neu eröffnet!**  
**Germania-Bad**  
 Kreuzburgerstraße 15,  
 empfiehlt sich einer geeigneten Beachtung.  
 Brausebäder von 15 Pfg., und Bäder und Seife.  
 Geöffnet bis 9 Uhr Abends.

**Neu eröffnet!**  
**Germania-Bad**  
 Kreuzburgerstraße 15,  
 empfiehlt sich einer geeigneten Beachtung.  
 Brausebäder von 15 Pfg., und Bäder und Seife.  
 Geöffnet bis 9 Uhr Abends.

**Wir empfangen heute eine große Sendung**  
**Cablian**  
 und halten dieselben vorzüglichen Fisch bestens empfohlen. Ferner empfehlen wir:  
 Prachtvollen großen  
**Schellfisch u. Seelachs.**  
 Hochfeine Fisch-Cotelettes.  
 Kleine und große grüne Heringe.  
**D. D.-F.-G. „Nordsee“**  
 Schmiedebrücke 48.  
 Scheitnigerstr. 37. Friedr. Wilhelmstr. 66.  
 Niederlagen: Fischer, Neue Sauerbrunnstraße 27a, Aust. Palmstraße 5. Reinsch, Grabfenerstraße 72. Jas. Priemer, Brüderstraße 1.

**Altenverkauft des Garantieco**  
**„Felicitas“**  
 von Mk. 4,50 an.  
 Schönste, moderne Form — vorzüglich Sit und höchste Haltbarkeit.  
 Jede Käuferin erhält einen  
**Garantiechein**  
 auf 8 Monate, während welcher gebrochene Einlagen umsonst ersetzt werden.  
 Größte u. mehrfach preisgekrönte Corsetfabrik  
 78 Ohlauerstrasse. **Paul Rawitz,** genau gezeichnet, Weißer 20

**1900er Tourist**  
 Fahrräder Ia. Qual.  
 Bohrauer-Strasse No. 7  
 Verkauf: Harrasgasse No. 4-6  
 an d. 4. cr. Liebig's Etabl. (Sommerstr.)  
**Jul. Dressler & Co.**

**Confirmanden**  
 Anzüge in Tuch, Satin, Cheviot, Kammingarn und anderen gut tragbaren Stoffen, blau, schwarz oder braun u. vorzüglicher Ausführung von Mk. 10.50 bis Mk. 32.00.  
**S. Guttentag,**  
 Ohlauerstr. 76/77, I. u. II.